

Frankreich führt Krieg. Wo die alte Kolonialmacht verzweifelt versucht weiter auf Augenhöhe mitzumischen, wo die französischen Imperialisten bombardieren lassen, Länder zerstören und damit dem Terror einen Nährboden geben. Da wundert sich niemand, wenn dieser Terror zurückschlägt. Nur dass nie die Schuldigen getroffen werden. Auch in Paris waren es 153 Unschuldige.

Jetzt wird mit den Anschlägen in Paris der „Krieg gegen den Terror“ gerechtfertigt. Es wird noch mehr bombardiert, weitere fragile zwischenimperialistische Bündnisse geschlossen, werden noch mehr Menschen in die Verzweiflung getrieben. Noch mehr Nährboden für Verbrecher wie dem IS, noch mehr Gründe für Anschläge, noch mehr unschuldige Opfer...

Krieg gegen den Terror? Es gibt keine Rechtfertigung für die Aktivierung des Militärs gegen andere Länder. Die Anschläge sind verübt worden von französischen Staatsbürgern. Es war kein Angriff eines anderen Landes. Kriminelle hat der Staat



innerhalb der Staatsgrenzen zu bestrafen. Wurde hier ein Anlass gesucht und gefunden? So ein Anlass, wie 1914 ein Attentat auf einen Thronfolger vor dem Ersten Weltkrieg?

Eine Tatsache ist hier bemerkenswert: Es wurde nicht der Beistands-

artikel 222 aus dem EU-Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union genutzt. Hier heißt es:

„Die Union und ihre Mitgliedstaaten handeln gemeinsam im Geiste der Solidarität, wenn ein Mitgliedstaat von einem Terroranschlag, einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe betroffen ist. Die Union mobilisiert alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Mittel, um terroristische Bedrohungen im Hoheitsgebiet von Mitgliedstaaten abzuwenden; die demokratischen Institutionen und die Zivilbevölkerung vor etwaigen Terroranschlägen zu schützen; im Falle eines Terroranschlags einen Mitgliedstaat auf Ersuchen seiner politischen Organe innerhalb seines Hoheitsgebiets zu unterstützen [...]“

Es war vielmehr der Artikel 42 Abs. 7 des Vertrages von Lissabon. Das heißt Beistand, wenn das Hoheitsgebiet eines Mitgliedlandes angegriffen wird, aber auch explizit militärische Missionen außerhalb der EU.

Terrorismus mit Krieg beantworten? Hat noch nie funktioniert. Aber gibt es vielleicht auch andere Gründe? Der Kampf darum, wer in der EU und über die kleinen EU-Länder wie viel zu sagen hat, der läuft seit Jahren. Die BRD ist dabei derzeit eindeutig die stärkere Macht. Das pfeifen die Spatzen von den Dächern. Treibe ein Raubtier in die Enge, es wird nicht zahm, eher noch aggressiver.

Will die französische Bourgeoisie vielleicht lieber den Kriegszustand statt sich auch noch Teile des deutschen Staatsapparats auf diese Weise ins Land zu holen? Will sie vielleicht lieber den Ausnahmezustand

Die Terroranschläge in Paris

verlängern, weil es bald keine anderen Maßnahmen mehr gibt, das aufmüpfige französische Volk ruhig zu halten?

Frankreichs Wirtschaft und die französischen Monopole sind im letzten Jahrzehnt immer mehr ins Hintertreffen gegen die deutsche Konkurrenz geraten. Eine Jugendarbeitslosigkeit von 24,7%, also über EU-Durchschnitt und das schon seit Jahren. Das wird nur von den ärmsten Staaten der EU, wie Griechenland, Spanien, Kroatien, Italien, Zypern und Portugal geschlagen, die teilweise fast doppelt so viel arbeitslose Jugendliche haben. Und jetzt also ein Ausnahmezustand, in einem Ausmaß, wie er seit 1955 nicht durchgeführt wurde.

2005, als vor allem muslimischstämmige Jugendliche der armen Pariser Vororte jede Nacht randalierten und hunderte von Autos anzündeten, gab es zuletzt den Notstand. Ein verzweifelter, gewalttätiger Hilferuf der Abgehängten. Reagiert wurde mit Polizeigewalt. Verantwortlich war der spätere Präsident Sarkozy, damals Innenminister, der diese Jugendlichen als Abschaum bezeichnete. Gegen die Verlängerung des Notstandes auf drei Monate gab es damals noch viel Widerstand der Oppositionsparteien, den Sozialisten, Kommunisten und den Grünen.

Heute ist es ein sogenannter sozialistischer Präsident selbst, der zum Notstand greift und im Parlament gab's auch nur 6 Gegenstimmen. Für die Verschärfung der Sicherheitsgesetze wären eigentlich monatelange Debatten notwendig gewesen, jetzt wurde es in wenigen Tagen durchgeführt. Hier nur ein paar Schlagwor-

und der Notstand

te, was jetzt alles neben Verhängung von Ausgangssper-

ren, Verbot von Demonstrationen und Versammlungen möglich ist:

Die Polizei kann ohne Durchsuchungsbefehl Wohnungen durchsuchen und Verdächtige unter Hausarrest setzen. Hausarrest heißt dreimal am Tag bei der Polizei melden oder elektronische Fußfessel. Wer dabei gefährlich sein soll, das bleibt unbestimmt, es reichen Hinweise auf Kon-

takte mit terroristischen Kreisen per Internet. Den Geheimdiensten werden weitere umfassende Freiheiten eingeräumt. Und das soll auch nach den 3 Monaten Notstand so bleiben. Polizisten dürfen jetzt auch in ihrer Freizeit Waffen tragen. Außerdem soll die französische Verfassung geändert werden. Bis jetzt war jeder Mensch der in Frankreich geboren wurde, auch französischer Staatsbürger. Jetzt soll denen, die wegen Terrorismus verurteilt wurden, die französische Staatsbürgerschaft aberkannt werden.

„Wenn die Herrschenden gesprochen haben, werden die Beherrschten sprechen! Wer seine Lage erkannt hat, wie sollte der aufzuhalten sein?!“
(B. Brecht)

Wie muss es brodeln, wenn die Herrschenden in Frankreich meinen, zu solchen Maßnahmen greifen zu müssen? Wie müssen sie doch schon vor Angst schlottern, vor einem französischen Volk, wenn sie meinen es durch einen derartigen Rassismus, wie sie ihn gerade anheizen, spalten zu müssen? Wie viele schlaflose Nächte allein beim Gedanken an eine Revolution! ●

Ani

Wir dokumentieren nachstehend eine Erklärung der Jungen Kommunisten (Jeunes Communistes, Jugendverband der Französischen Kommunistischen Partei) aus dem 15. Arrondissement von Paris vom vergangenen Samstag, 14. November 2015:

»Nach dem Schock bekämpfen wir mehr denn je den Imperialismus und seine Monster«

Die Jungen Kommunisten aus dem 15. Arrondissement von Paris haben sich heute Nachmittag mit den Genossen aus der Provinz und den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes versammelt und die schwerwiegenden Ereignisse der letzten Nacht diskutiert. [...] Seit 2012 unterstützen die imperialistischen Regierungen, die Kriegstreiber Frankreich und USA, Operationen zur Destabilisierung Syriens. Geleitet von ökonomischen Interessen verheeren sie den Nahen Osten und Afrika. Sie haben nicht gezögert, die obskursten und reaktionärsten Bewegungen zu unterstützen. Die Verbündeten von Herrn Hollande, die Diktatoren von Gottes Gnaden in Saudi-Arabien und Qatar, haben die islamistischen Gruppen in Syrien direkt unterstützt: Waffenlieferungen, Pick-ups und Finanzen. Gestern hat sich das vom Imperialismus geschaffene Monster Daesh (IS) gegen die Tausende Kilometer von Syrien entfernte Zivilbevölkerung gewandt. In Paris haben gestern Unschuldige allen Alters, Werktätige verschiedenster Berufe, diese durch die imperialistischen Kriege verursachten verrückten Handlungen mit dem Leben bezahlt.

Seit gestern Abend hat Präsident Hollande ein Paket von Ausnahmeregelungen verkündet: Notstand, Schließung der Grenzen, Verbot von Versammlungen und Demonstrationen, Hausdurchsuchungen ohne Kontrolle der Justiz etc. Diese seit dem Algerienkrieg nicht mehr gesehenen Maßnahmen beunruhigen uns in erster Linie wegen der Beschränkungen der demokratischen und sozialen Freiheiten, die sie mit sich bringen. Große gewerkschaftliche Demonstrationen sind für die nächste Woche geplant: gegen die Streichung des Urlaubs bei APHP (Krankenhäuser), gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei RATP (Pariser Nahverkehr) gegen die Liquidierung der Reste der öffentlichen Unternehmen bei Air France, gegen die Zusammenlegung und den Abbau von Personal in der Finanzverwaltung. Diese Demonstrationen sind heute in Gefahr, verboten zu werden. Unter den Sirenenklängen der »heiligen nationalen Union« sowie Angst und Gefühle manipulierend haben die politischen und gewerkschaftlichen Leitungen der Kollaboration schon die Arbeiter aufgerufen, nach den letzten Angriffen der

Unternehmer auf unsere sozialen Rechte ohne Widerstand den Rücken zu beugen und alle Streiks und gewerkschaftlichen Kämpfe einzustellen.

Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen, wir weigern uns, dieser Erpressung nachzugeben. Die Täuschung des »Geistes des 11. Januar« haben wir erlebt. Das Kapital unterbricht währenddessen nicht seine antisoziale zerstörende Politik. Das Kapital unterbricht nicht seine imperialistischen Kriege. Wir Arbeiterinnen und Arbeiter in Frankreich und Syrien bezahlen mit unseren Leben Kriege, die nicht die unseren sind. Seit einigen Stunden verbreiten Aktivistinnen im Internet die Losung »Ihre Kriege, unsere Toten«. Ungenau und spontan geben sie den Zorn, die von jedem von uns empfundene Frustration wieder, in den Schulen, Universitäten und in den Betrieben, Opfer der Konsequenzen einer ununterbrochen angeprangerten Politik zu sein.

Wir Jungen Kommunisten des 15. Arrondissement von Paris prangern mehr denn je den Imperialismus und seine Spiegelung an, den blinden und mitschuldigen Terrorismus. Mehr denn je erheben wir uns gegen die Weiterführung und die Verschärfung der von unseren Regierungen geführten imperialistischen Kriege, für Frieden und internationale Solidarität. Überall und bei allen Gelegenheiten, wo und wann wir unsere Meinung äußern, verfolgen wir trotz der Versuche, die Debatten und Proteste abzuwürgen, ein einziges Ziel: Wir vertreten die Forderungen der Arbeiter und verteidigen die Errungenschaften der Arbeiterklasse in Frankreich, in Afrika, im Nahen Osten und auf der ganzen Welt.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Übersetzung: Georges Hallermayer

Quelle: <http://redglobe.de/europa/frankreich/7518-nach-dem-schock-bekaempfen-wir-mehr-denn-je-den-imperialismus-und-seine-monster>